

1 Einleitung

Die Institutionalisierung des Politikbereichs Umweltpolitik hat insbesondere auf europäischer Ebene eine bemerkenswerte Entwicklung durchlaufen. Während im Zuge der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957 keine umweltbezogenen Ziele in die Römischen Verträge integriert wurden, fungiert Umweltpolitik nunmehr als ein eigenständiges und zentrales Politikfeld in der Europäischen Union (EU) (vgl. Knill 2008: 17). Für die unterschiedlichen Teilbereiche des Umweltschutzes waren stets verschiedene Regulierungsintensitäten auszumachen. Die Gründe für die verhältnismäßig späte Entwicklung und Institutionalisierung dieses Politikfeldes sind in der Priorisierung marktrelevanter Umweltbereiche zu verorten. Richtlinien und Verordnungen, welche die Etablierung und Weiterentwicklung des Gemeinsamen Marktes befördern konnten, waren durchsetzungsstärker als marktferne *policies* (vgl. Knill 2008: 57).

Eine abnehmende Steuerungsfähigkeit staatlicher Institutionen in Verbindung mit einer Zunahme komplexer bearbeitungsbedürftiger Problematiken führte zur Beteiligung nichtstaatlicher Akteure an der Herstellung allgemeiner Verbindlichkeit (vgl. Take 2002: 11). Wird Politik nach WILLETS als „die Ausübung von Macht und die Mobilisierung von Legitimität“ (Willets 1982: 24, eigene Übersetzung) betrachtet, erreichen Interessengruppen zweifellos einen Status als politischer Akteur, da sie *issue areas* besetzen und Positionen unabhängig formulieren und kommunizieren.¹ In einer ersten Annäherung kann Legitimität insofern bejaht werden, als zahlreiche Interessengruppen oder Nichtregierungsorganisationen (NGOs) hohe Mitgliederzahlen aufweisen und die vertretenen Positionen vieler dieser Interessengruppen nicht in krasser Weise als normabweichend bewertet werden (ähnlich bei Take 2002: 13f.).²

Nahezu jeder Untersuchung über den Einfluss von Interessengruppen auf *policies* liegt entweder ein ressourcentauschtheoretischer oder ein neo-institutionalistischer Rahmen zu Grunde. Bei der Heranziehung einer ressourcen-

1 Eine Definition des Interessengruppenbegriffs und des NGO-Begriffs wird im Rahmen des nachfolgenden ersten Hauptkapitels abgeleitet und operationalisiert.

2 Legitimität kann nach ZÜRN dann bejaht werden, „wenn die durch [politische Herrschaft] produzierten kollektiv bindenden Normen und Regeln auf geteilten Überzeugungen über das Gemeinwohl (bzw. das öffentliche Interesse) sowie auf geteilten Vorstellungen prozeduraler Fairness beruhen.“ (Zürn 2011: 606).

tauschtheoretischen Perspektive zur Erklärung von Einflussnahme wird davon ausgegangen, dass Interessengruppen über bestimmte Güter verfügen, die eine spezifische Angebotsstruktur konstituieren und durch normsetzende Akteure im Tausch gegen Einfluss nachgefragt werden (vgl. Seifer 2009: 98). Jedoch bedingt die Nachfrage nach durch diese Gruppen bereitgestellten Gütern keinesfalls zwingend die Gewährung von Einfluss. Neo-institutionalistische Ansätze priorisieren die strukturell-institutionellen Arrangements auf EU-Ebene zur Erklärung eines möglichen Einflusses von Interessengruppen auf *policies*. Institutionelle Präferenzen wirken hiernach steuernd durch die Förderung bestimmter Interessen, so dass Vermittlung von Interessen dieser Gruppen durch die Institutionen mit ihren eigenen Präferenzen nur selektiv erfolgen kann (vgl. Meyer-Ohlendorf 2004: 97f.; Seifer 2009: 101f.). Ein ganz entscheidender Aspekt für die geplante Untersuchung ist in diesem Zusammenhang die Frage nach der Entwicklung oder der Auswahl des Konzepts von politischem Einfluss. Im Rahmen einer ersten Annäherung kann Einfluss nach VORMEDAL definiert werden als „the activities of actor A bringing about intended effects in the behavior of actor B.“ (Vormedal 2008: 44). So gehen Forscher teilweise davon aus, dass bestehende Strategien der Einflussnahme seitens Interessengruppen bereits quasi-automatisch als realer Einfluss zu werten sind. Vertreter einer ressourcenausgangstheoretischen Perspektive analysieren die Ressourcen einer Interessengruppe oder NGO und übersetzen diese in Einflussnahme (vgl. Seifer 2009: 103). In Publikationen, die der neo-institutionalistischen Theorie zugeordnet werden können, wird häufig bereits die Existenz eines Konsultationsstatus einer Interessengruppe als Einfluss gewertet. Diese Herangehensweise ist als fraglich einzuschätzen und sieht sich in der herangezogenen Literatur einer heftigen Kritik ausgesetzt (vgl. Marshall 2010: 556). Auch SEIFER bestreitet die Nachvollziehbarkeit der „Gleichsetzung von *Access* und Einfluss“ (Seifer 2009: 103) und begründet dies mit der lediglich für die Methode des Inside-Lobbying notwendigen Vorbedingung von *Access* für eine potentielle Einflussnahme.

In der vorliegenden Studie wird untersucht, mit welchem Erfolg und auf welche Art und Weise die Interessengruppe Greenpeace auf die REACH-Verordnung (Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe) (Europäisches Parlament und Rat (2006): Verordnung (EG) Nr. 1907/2006) Einfluss genommen hat. Es soll ein Beitrag geleistet werden zur Erforschung der Wirkungsfähigkeit einer bedeutenden umweltbezogenen Interessengruppe in einem komplexen und wettbewerbsorientierten Politikfeld.

Es soll insbesondere auf die Interessenkommunikation des umweltpolitischen Akteurs Greenpeace eingegangen werden und untersucht werden, inwieweit diese Interessengruppe ihre realen chemiepolitischen Interessen in zwei

verschiedenen Phasen der Politikherstellung einbringen konnte, anpassen musste oder aufgegeben hat. Eine erste Konferenz der EU-Kommission zur geplanten Reform der Chemikalienkontrolle fand bereits im Jahr 1999 statt. Es folgten Konferenzen in den Jahren 2001, 2003 sowie 2005. Einen Schwerpunkt wird die Ermittlung der Präferenzen von Greenpeace bilden, die jedoch nicht losgelöst von den Präferenzen und Zielen von Vetospielern,³ potentiellen Koalitionen und strukturellen Aspekten des europäischen Mehrebenensystems einer Analyse unterzogen werden.

Es sollen folgende Forschungsfragen untersucht werden:

- Welche Positionen vertrat Greenpeace bezüglich REACH? Wie kommunizierte die Interessengruppe diese Positionen und wie erfolgreich handelte sie?
- Welche strukturellen / institutionellen Arrangements nutzte Greenpeace zur Durchsetzung seiner Interessen? Welche weiteren Optionen wurden durch Greenpeace (nicht) genutzt und warum?
- Wie ist der Grad des Erfolgs der Einflussnahme zu bestimmen und was erklärt diesen Erfolg?
- Warum konnten bestimmte Positionen besser in den *Policy*-Zyklus eingebracht werden als andere?

Die Relevanz dieser leitenden Forschungsfragen soll im Folgenden kurz erläutert werden. Die Einflussnahme auf den politischen Prozess durch gleichwie organisierte Akteure bedarf sowohl der theoretischen Reflexion als auch der Untersuchung mittels empirischer Studien. Nicht wenige Studien weisen Interessengruppen einen bedeutenden politischen Einfluss zu, der anhand kritisch zu beurteilender Modelle begründet wird. Auch wenn es als Konsens gilt, dass REACH vorrangig von einer verhältnismäßig kleinen Gruppe unterstützt wurde, die sich aus nationalen Umweltministern, offiziellen Vertretern innerhalb der EU-Kommission, Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Vertretern von Interessengruppen zusammensetzte (vgl. Selin 2007: 64), so muss auch explizit nach dem nachvollziehbaren Einfluss dieser Interessengruppen im einzelnen geforscht werden.

3 Der Begriff des Vetospielers wird hier und im weiteren Verlauf der Studie nicht in Anlehnung an TSEBELIS definiert, wonach Vetospieler Akteure sind, deren Zustimmung erforderlich ist, um legislative Änderungen eines Status quo durchzusetzen (vgl. Tsebelis 2002). Der Verfasser begreift Vetospieler umfassender als Akteure, deren Präferenzen den Zielen anderer Akteure in zentralen Inhalten zuwider laufen, und die gleichzeitig über Ressourcen verfügen, die sie grundsätzlich zu Aktivitäten im Rahmen politischer Interessenvermittlung befähigen.

Die angeführten Forschungsfragen strukturieren ein Design, das eine der bekanntesten Interessengruppen – Greenpeace – hinsichtlich ihres Einflusses in einem zentralen Politikfeld untersuchen wird. Die zentrale Forschungsfrage bezieht sich hierbei auf den Erfolg der Interessenvermittlung und die plausible Einschätzung dieses Erfolgs. Es wird nicht versucht werden, eine Generalisierbarkeit dieser speziellen Studie zu erreichen. Im Wesentlichen wird hier eine Studie über die Wirkungsfähigkeit von Greenpeace in einem kompetitiven Politikfeld vorgelegt. Es wird folglich die Wirkung des Faktors Greenpeace auf den *Policy*-Output in verschiedenen Phasen untersucht.

Hinsichtlich der anzuwendenden Perspektiven und Methoden ergibt sich aus der Formulierung der Forschungsfragen bereits eine Tendenz zur Untersuchung mittels qualitativer Methoden. Grundsätzlich erschiene es durchaus möglich, das Forschungsdesign auch unter der Heranziehung quantitativer Methoden zu bearbeiten. Entscheidend ist jedoch, dass die zu untersuchenden Fragestellungen mittels unterschiedlicher methodischer Instrumente entsprechend den in den Forschungsfragen enthaltenen Analyseebenen untersucht werden. Die entsprechenden Überlegungen hierzu werden umfassend im Rahmen des Hauptkapitels zum Untersuchungsdesign vorgenommen.

Im Gegensatz zur Politikfeldanalyse, die ein umfassendes Akteurset in einer abgegrenzten *issue area* untersuchen möchte, wird hier der Ansatz der *Policy*-Analyse gewählt, da gerade nicht eine umfassende Strukturbeschreibung und -analyse sämtlicher Akteure in der Umweltpolitik oder im Bereich der Chemikalienkontrolle bewerkstelligt werden soll, sondern eine Einzelfallstudie angestrebt wird, die jedoch auch zum Verständnis der institutionellen und informellen Arrangements im Politikfeld beitragen soll. Der Verfasser beabsichtigt eine induktive Annäherung an den Forschungsgegenstand, wird jedoch eine fundierte theoretische Einbettung vornehmen.

Hinsichtlich der zentralen Fragestellung der geplanten Untersuchung bedarf die angestrebte Einschätzung des Erfolgs von Interessenvermittlung einer kurzen methodologischen Erörterung. Eine wahrheitsgemäße Messung des Lobbying-erfolgs wird nicht zu bewerkstelligen sein, da politischer Output kausal nicht auf die Interessenvermittlung eines singulären Akteurs zurückgeführt werden kann, weil zu viele Einflussfaktoren unkontrollierbar wirken. Da Greenpeace jedoch im Rahmen von Interessenvermittlung aktiv auf ein politisches Ergebnis hinwirken wollte, gebietet die Logik, den Lobbying-erfolg insbesondere anhand der finalen Verordnung zu überprüfen. Zusätzlich wird jedoch auch der Kommissionsvorschlag der Europäischen Kommission daraufhin überprüft, ob Greenpeace eigene chemiepolitische Präferenzen in dieses Dokument integrieren konnte. Von zentraler Bedeutung wird es sein, hierbei sehr genau die Präferenzen und Positionen von Greenpeace herauszuarbeiten. Dies soll mittels einer Kombinati-

on aus Dokumentenanalyse und Experteninterviews erfolgen, wodurch die Objektivität der Einflussbewertung erhöht werden soll. Im Rahmen der Dokumentenanalyse werden die Präferenzen der Interessengruppe Greenpeace sowohl dem Kommissionsvorschlag als auch der finalen Verordnung gegenübergestellt und die paraphrasierten Auszüge aus den Experteninterviews jeweils den Bezug gebenden Artikeln zugeordnet. Auf Basis eines durchzuführenden Vergleichs zwischen den legislativen Texten und den Präferenzen von Greenpeace kann eine erste begründete Einschätzung des Einflusses auf das Ergebnis entwickelt werden. In einem zweiten Schritt soll die Wahrnehmung der zu befragenden Experten hinsichtlich des Einflusses von Greenpeace und der bereitgestellten Begründungen hierfür mit den Ergebnissen verglichen und analysiert werden. Das Forschungsdesign wird umfassend im Rahmen des fünften Kapitels vorgestellt.

Stand der Forschung

Die außerordentliche Bedeutung chemischer Stoffe spiegelt sich in einer umsatzstarken und wettbewerbsfähigen chemischen Industrie in einer Mehrheit der EU-Staaten wider (vgl. Jacob 1999: 13). Der Alltag in modernen gesellschaftlichen, industriellen und dienstleistungsbezogenen Arrangements kann schlichtweg nicht gedacht werden, ohne auf chemische Stoffe und Verbindungen zu rekurrieren (vgl. sinngemäß Hey / Jacob / Volkery 2006: 1). Aufgrund der partiell erheblichen negativen Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen sowie auf die Qualität der Umwelt wurden Chemikalien in den vergangenen Jahrzehnten einer zunehmenden Kontrolle und Regulierung unterzogen (vgl. Schneider 1988: 76ff.; Ingerowski / Kölsch / Tschochohei 2008: 6). Bis zum Inkrafttreten der REACH-Verordnung im Juni 2007 galten etwa 40 verschiedene Regelungen zur Chemikalienregulierung, die durch die neue Verordnung ersetzt worden sind (vgl. Kallee 2005: 3). Mit der angeführten Omnipräsenz chemischer Stoffe in nahezu sämtlichen Bereichen des Lebens geht eine enorm hohe wirtschaftliche Bedeutung des Chemikaliensektors einher. Die Inhalte der REACH-Verordnung wurden folglich keinesfalls ausschließlich im Verantwortungsbereich der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission entwickelt, sondern unter erheblicher Mitwirkung der Generaldirektion Unternehmen und Industrie. „REACH is not simply an environmental policy designed and prepared by the environmental policy community.“ (Hey / Jacob / Volkery 2006: 16).

REACH stellt eine Abkürzung dar und beschreibt die zentralen Elemente eben dieser Verordnung. Im Wesentlichen verregelt REACH die Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien (vgl. stellvertretend

Ingerowski / Kölsch / Tschochohei 2008: 6) und ist Ausdruck einer verhältnismäßig neuen Form hybrider Regulierungsstrukturen seitens der EU-Kommission. Solche Steuerungsmechanismen kombinieren verschiedene hierarchische und kooperative Ansätze in der Politikentwicklung (vgl. Hey / Jacob / Volkery 2006: 13; Ingerowski / Kölsch / Tschochohei 2008: 6; Führ / Bizer 2007: 331; Tschochohei 2009: 139ff.). Die steuerungspolitischen Instrumente, die in das fünfte umweltpolitische Aktionsprogramm der EU aufgenommen wurden, beförderten den Aspekt der Zusammenarbeit öffentlicher und gesellschaftlicher Akteure erheblich. Das wesentliche Ziel der Aufnahme von Governance-Elementen bestand darin, die Implementationsdefizite im Bereich der Umweltpolitik zu reduzieren (vgl. Knill 2008: 182f.; Hüller 2010: 138ff. u. 147ff.; Hey / Volkery / Zerle 2005: 2).

Grundsätzlich existiert ein breiter Fundus an Literatur, die Interessenvermittlung, Lobbying oder Einflussnahme von nichtstaatlichen Akteuren thematisiert.⁴ Zahlreiche deskriptive oder explikative empirische, sowohl qualitativ als auch quantitativ vorgehende Studien setzen sich mit der Beeinflussung von Politik und Verwaltung auseinander. Der traditionelle Fokus europäischer Literatur auf die Debatte über (Neo-)Korporatismus und Pluralismus scheint im Wesentlichen überwunden und verliert zunehmend an Bedeutung (vgl. Beyers / Eising / Maloney 2008: 1103f.; Körber 1998: 19ff.). Eine Mehrheit der Publikationen beschäftigt sich jedoch mit potentiellen Einflussnahmen und Lobbyingaktivitäten von hier wenig interessierenden Verbänden.

Eine bedeutende Studie für den Bereich der umweltbezogenen Interessengruppen wird von TAKE (2002) vorgelegt. Er analysiert nationale und internationale Strategien von NGOs zur Einflussnahme auf Politik in unterschiedlichen *issue areas*. Dabei weist er nach, dass *issue*-spezifisch und staatenspezifisch eine strategische Anpassung der Lobbyingaktivitäten vorgenommen wird. Jedoch wird in dieser Arbeit nicht über eine Beschreibung der interessensvermittlungsbezogenen Aktivitäten hinausgegangen. Eine weitere Studie von BUHOLZER (1998) entwickelt bereits ein erstes Konzept zur Untersuchung des Erfolgs von Lobbying, jedoch kann dies nicht zur Entkräftung der These von PAYAN und McFARLAND (2005) herangezogen werden: „There is little, if any, existing research that examines the effectiveness of influence strategies [...]“ (Payan / McFarland 2005: 66). Auch NAOI und KRAUSS (2009) kommen zu dem Ergebnis, dass bislang nahezu keine Erkenntnisse vorliegen, die nachweisen, wie Vertreter von Interessengruppen Adressaten durch Lobbying beeinflussen können, und wie eventuell ausgeübter Einfluss messbar ist (vgl. Naoi / Krauss 2009: 874). DÜR weist darauf hin, dass gerade weil die Einschätzung von politischem

4 Eine Operationalisierung und Differenzierung der Begriffe wird der Verfasser im weiteren Verlauf der Arbeit vornehmen.

Einfluss erhebliche Schwierigkeiten bereitet, nur wenige Studien hierzu vorliegen (vgl. Dür 2008: 559). Auch CHALMERS weist darauf hin, dass die Untersuchung politische Interessenvermittlung als „most important, but methodologically tricky problems in political science research“ beschrieben werden kann (Chalmers 2011: 471). MARSHALL (2010) schließt sich diesen Aussagen in einem etwas spezifischeren Kontext an, wenn er feststellt „[...] we know very little about the institutional interface between members of the EP (MEPs) and the activities of lobbyists.“ (Marshall 2010: 554). ARTS (1998) beschreibt umfassender, dass „any quantitative or qualitative determination of political influence remains after all an *informed guess*.“ (Arts 1998: 74, Hervorhebung im Original).

Dennoch existieren einige Studien, die den Einfluss von Interessengruppen auf Politik und Verwaltung untersuchen. Herausragende theoretische Überlegungen zu den Bedingungen erfolgreicher Einflussnahme nichtstaatlicher Akteure in umweltpolitischen Kontexten haben BETSILL / CORELL (2008) vorgelegt. Prozessbezogene und ergebnisbezogene Faktoren der Einflussnahme werden hierbei erfasst; Aktivitäten umweltbezogener Akteure werden in die Analyse mit einbezogen, ebenso wie die Qualität des Zugangs zu Akteuren mit formeller Entscheidungsbefugnis sowie die Ressourcen der Interessengruppe. Insbesondere die Verknüpfung der Beteiligung von Interessengruppen mit der Beeinflussung von verbindlichen Entscheidungen mittels des Nachweises einer Kausalität wird von den Autorinnen pointiert herausgestellt. Weiter definieren sie plausibel einflussgenerierende Faktoren und überprüfen ihre Thesen in Fallstudien. Der Fokus auf umweltpolitische Aushandlungsprozesse im Rahmen der Vereinten Nationen mindert den Erkenntniswert für die in dieser Studie verfolgten Zwecke jedoch zum Teil, wenngleich ressourcentauschtheoretische Annahmen systemunabhängig Durchsetzungschancen strukturieren.

SEIFER (2009) entwickelt ein Modell zur Messung von Einfluss und operationalisiert es zur Untersuchung des europäischen Politikfelds Asyl. Sie gelangt zu dem Ergebnis, dass Interessengruppen häufig in ihrer Wirkungsfähigkeit überschätzt werden, und dass *Access* keinesfalls als valider Indikator für Einfluss fungieren kann. Sie plädiert für die Anwendung eines kombinierten Ansatzes mittels ressourcentauschtheoretischer und neoinstitutionalistischer Perspektiven und entwickelt ein Modell zur Einschätzung von politischem Einfluss, das auch komplexe politische Prozesse erfassen kann. Jedoch ist zu berücksichtigen, dass ihre Studie über einen sehr spezifischen Politikbereich nicht zwingend generalisierbar ist. ECKARDT (2011) hingegen untersucht die Bedingungen für erfolgreiche Interessenvermittlung aus einer tendenziell betriebswirtschaftlichen Perspektive. Basierend auf theoretisch hergeleiteten Hypothesen entwickelt sie ein Modell zur Messung des Erfolgs von Lobbying, welches sie anhand eines beeindruckenden Datensatzes überprüft. Trotz der Beschränkung des Modells auf

Agenda-Setting-Phase und Spezifikationsphase schließt sie hierdurch ein wesentliches Desiderat. Weiter konnte HOEFER (2005) in einer breit angelegten Untersuchung für die USA nachweisen, dass direkte Lobbyingmaßnahmen einer Interessengruppe positiv mit deren Zielerreichung korrelieren. MAHONEY (2007) stützt mit ihrer Studie diese These, da sie zu dem Ergebnis gelangt, dass indirekte Lobbyingaktivitäten lediglich zu geringen Erfolgsaussichten für die Vertreter der Interessengruppen führen.

Hinsichtlich der Frage, inwieweit Interessengruppen tendenziell häufiger Politiker und Vertreter der Ministerialverwaltungen lobbyieren, die den Anliegen dieser Interessengruppen positiv gegenüberstehen, bestehen unterschiedliche Positionen. HOJNACKI / KIMBALL (1998) sowie KOLLMAN (1997) legen in ihren Ergebnissen nahe, dass Interessengruppen vorrangig ihnen positiv gesonnene Vertreter des politisch-administrativen Bereichs lobbyieren, auch wenn sie unterschiedliche Begründungen hierfür anbieten. AUSTIN-SMITH / WRIGHT (1994) hingegen kommen zu dem Ergebnis, dass Interessengruppen häufig vermeintliche Gegner auf politischer Ebene adressieren, um Vetospieler zu benachteiligen. Dieser These schließt sich MARSHALL (2010) in einem hervorzuhebenden Aufsatz an. KLÜVER und SLOOF gelangen unabhängig voneinander zu dem Ergebnis, dass der politische Einfluss von Interessengruppen explizit messbar ist und entwickeln hierfür Modelle. Mittels quantitativer Ansätze (Klüver) und spieltheoretischer Modellierungen (Sloof) untersuchen beide ein umfangreiches Set, bestehend aus mehreren hundert Interessengruppen und zahlreichen Fällen. Klüver untersucht den im Rahmen von Lobbyingkoalitionen ausgeübten politischen Einfluss mittels computergestützter textanalytischer Verfahren (vgl. Klüver 2009; Sloof 1998).

Es existieren auch Studien, die Erklärungen für Lobbyingpräferenzen entwickeln. BEYERS (2004) konnte in einer Arbeit über Interessengruppen auf EU-Ebene nachweisen, dass diese tendenziell direktes Lobbying betreiben, sofern sie über einen hohen Spezialisierungsgrad verfügen. Ebenfalls äußerst interessant für das zu bearbeitende Thema ist die Studie von VICTOR (2007), der darlegt, dass die Maßnahmen zur Interessenvermittlung signifikant zunehmen, wenn Interessengruppen zahlreiche Vetospieler gegenüber ihren Positionen vermuten, und wenn ein komplexes Thema von mehreren administrativen und politischen Akteuren bearbeitet wird.

Insgesamt muss konstatiert werden, dass trotz des hohen Publikationsoutputs für den Bereich der Interessengruppen nur ein sehr geringer Anteil der systematischen Überprüfung des Erfolgs von Maßnahmen der Interessenvermittlung gewidmet ist. Dennoch bieten die Forschungsergebnisse der angeführten Autoren hinreichende Anknüpfungsoptionen für die Durchführung des eigenen Forschungsvorhabens.

Gang der Untersuchung

Zur Untersuchung der interessierenden Fragestellungen wird wie folgt vorgegangen: im Rahmen einer theoretischen Einführung werden begriffliche Grundlagen für diese Studie operationalisiert und ein Einflusskonzept skizziert und spezifiziert, welches geeignet erscheint, die Besonderheiten einer umweltpolitischen Interessengruppe im politischen System der EU zu erfassen. Im Anschluss daran wird das Politikfeld Chemikalienregulierung vorgestellt und in den für die Untersuchung relevanten Differenzierungen präsentiert. Zentraler Raum wird den wichtigsten unterschiedlichen Akteuren und Akteurguppen eingeräumt, deren Bedeutung für die Entwicklung der REACH-Verordnung als relevant eingeschätzt wird. Ein Abschnitt zur Entwicklung der europäischen Chemikalienpolitik bis zur Verabschiedung der REACH-Verordnung beendet dieses Kapitel. Das nachfolgende Kapitel analysiert die Interessengruppe Greenpeace und untersucht sie hinsichtlich ihrer Entwicklung, Themenagenden, Arbeitsweisen, strukturellen Organisation und ihres chemiepolitischen Engagements. In Kapitel fünf wird das Untersuchungsdesign vorgestellt und begründet. Im Anschluss daran wird der politische Einfluss der Interessengruppe Greenpeace auf die REACH-Verordnung untersucht. Nachdem zunächst die interessierende Verordnung in ihren zentralen Inhalten präsentiert wird, geht der Verfasser der Frage nach den realen chemiepolitischen Präferenzen von Greenpeace nach und wiederholt dieses Vorgehen analog für die Präferenzen der chemischen Industrie. Mittels der Bewertung einer Gegenüberstellung der unterschiedlichen Präferenzen werden die Umstrittenheitsgrade unterschiedlicher inhaltlicher Bereiche der Verordnung eingeschätzt, anhand derer die Fallauswahl nachvollziehbar getroffen wird. In der Folge wird mittels eines kombinierten Ansatzes aus Dokumentenanalyse und der Analyse der durchgeführten Experteninterviews der von Greenpeace auf Kommissionsvorschlag und REACH-Verordnung ausgeübte Einfluss plausibel eingeschätzt und hinsichtlich des Zustandekommens bewertet. Anschließend werden die Ergebnisse in einer Schlussbetrachtung synoptisch zusammengefasst und die Fragestellungen werden konstruktiv aufgenommen und beantwortet.

Der politische Einfluss von Greenpeace
Lobbying im Bereich der europäischen
Chemikalienregulierung

Koch, L.

2014, XII, 272 S. 8 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-05786-2